Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

1. Anlass und Zweck der Neuregelung:

Gemäß § 55g Abs. 1 Ziffer 3 Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG 1959), BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2011, hat der Landeshauptmann ein Sanierungsprogramm gemäß § 33d WRG 1959 zu erlassen, wenn dies zur Erreichung und Erhaltung der gemäß den §§ 30a, c und d WRG 1959 festgelegten Umweltziele in Umsetzung der konkreten Vorgaben (Maßnahmenprogramme) des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplanes erforderlich ist.

Nach § 33d Abs. 1 WRG 1959 hat der Landeshauptmann für Oberflächenwasserkörper oder Teile von Oberflächenwasserkörpern (Sanierungsgebiet), die einen schlechteren als den in einer Verordnung nach § 30a WRG 1959 festgelegten guten Zustand aufweisen, entsprechend den im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan festgelegten Prioritäten zur stufenweisen Zielerreichung mit Verordnung ein Sanierungsprogramm zu erstellen, sofern der Zielzustand innerhalb der vom Gewässerbewirtschaftungsplan vorgesehenen Zeiträumen nicht nach anderen Bestimmungen des WRG 1959, wie etwa durch Abänderungen von Bewilligungen in Verfahren gemäß § 21a WRG 1959, zweckmäßig erreichbar ist.

Gemäß § 33d Abs. 2 WRG 1959 hat ein Programm zur Verbesserung des Zustandes von Oberflächenwasserkörpern oder Teilen von Oberflächenwasserkörpern in den wesentlichen Grundzügen Sanierungsziele, Schwerpunkte, Reihenfolge und Art der zu treffenden Sanierungsmaßnahmen derart festzulegen, dass unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (§ 21a Abs. 3 WRG 1959) eine Verbesserung der hydromorphologischen Bedingungen, eine Verringerung und eine wirksame Reinigung der Abwässer, eine Verringerung des Schadstoffeintrages aus anderen Quellen und durch sonstige Maßnahmen die Zielzustände (§ 30a WRG 1959) erreicht werden. Erforderlichenfalls können auch Teilsanierungsziele zur stufenweisen Zielerreichung festgelegt werden. Für rechtmäßig bestehende Wasserbenutzungsanlagen, Schutz- und Regulierungswasserbauten oder sonstige Wasseranlagen sind nach Maßgabe der Prioritäten zur stufenweisen Zielerreichung angemessene Sanierungsfristen festzulegen. Die Ziele des Sanierungsprogrammes sind - als Teile des anzustrebenden Zielzustandes - bei allen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen als öffentliches Interesse (§ 105 WRG 1959) und als Gesichtspunkt für die Handhabung der Bestimmungen des WRG 1959 zu beachten.

Werden in einem Sanierungsprogramm Sanierungsfristen für bestehende Anlagen festgelegt, hat der Wasserberechtigte spätestens 2 Jahre nach Inkrafttreten des Sanierungsprogrammes der jeweils zuständigen Behörde ein Sanierungsprojekt zur wasserrechtlichen Bewilligung vorzulegen oder die Anlage mit Ablauf der in der Verordnung angeführten Sanierungsfrist stillzulegen.

Am 29. März 2010 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft die Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer – QZV Ökologie – OG, BGBl. II Nr. 99/2010 kundgemacht. In der Anlage G dieser QZV ist die ökologische Mindestwasserführung in Fischlebensräumen festgelegt.

Am 30. März 2010 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft den Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan 2009 (NGP 2009) veröffentlicht. Die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft vom 30. März 2010, BGBl. II Nr. 103/2010 (Nationale Gewässerbewirtschaftungsplanverordnung 2009 – NGPV 2009), hat die Kapitel 5 und 6 des NGP 2009 für verbindlich erklärt (§ 1 NGPV 2009). § 4 NGPV 2009 trifft – in Verbindung mit dem NGP „Anhang – Wasserkörpertabellen – Fließgewässer, Tabelle FG – stufenweise Zielerreichung“ folgende Festlegungen:

- Gesamtzustand bzw. Risikoabschätzung aller Wasserkörper zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des NGP 2009;
- Zeitpunkt der Zielerreichung (inklusive Zwischenziele) für jene Wasserkörper, die sich in einem schlechteren als dem Zielzustand befinden sowie für jene Wasserkörper, für die ein Risiko der Verfehlung des Zielzustandes nicht ausgeschlossen werden kann;
- Gründe für die Fristerstreckung der Zielerreichung.

Auf der Grundlage des NGP 2009 legt § 6 NGPV 2009 ein Maßnahmenprogramm zur Erreichung des guten ökologischen Zustandes für Oberflächengewässer und die stufenweise Zielerreichung fest.

Gemäß § 6 Abs. 4 NGPV 2009 sind zur stufenweisen Zielerreichung in den im „Anhang – Wasserkörpertabellen – Fließgewässer, Tabelle FG – Maßnahmen – Hydromorphologie 2015“ des NGP 2009 angeführten Gewässerabschnitten („prioritärer Raum“) in der ersten Planungsperiode (bis zum Jahr 2015) die in den Kapiteln 6.4.3.5, 6.4.4.5, 6.4.5.5, 6.4.6.5 und 6.4.7.5 des NGP 2009 angeführten Maßnahmen im Bezug auf signifikante hydromorphologische Belastungen kosteneffizient erforderlich. Für diese Wasserkörper werden die Maßnahmentypen, mit welchen bis zum Jahr 2015 der gute ökologische Zustand oder das gute ökologische Potenzial erreicht werden kann oder ein wesentlicher

Beitrag zur Zielerreichung in einer der folgenden Planungsperioden geleistet wird, sowie der Zeitpunkt der Erreichung des Gesamtzieles festgelegt.

2. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

3. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Der Entwurf sieht die erforderlichen flankierenden Regelungen zu Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft vor.

4. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Mit diesem Sanierungsprogramm wird eine generelle Anpassungsverpflichtung für die im Sanierungsraum liegenden, durch die konkreten Vorgaben des NGP 2009 betroffenen Anlagen begründet. Würde dieses Sanierungsprogramm nicht erlassen, so müssten die gemäß NGP 2009 erforderlichen Sanierungsmaßnahmen in individuellen Anpassungsverfahren gemäß § 21a WRG 1959 von den zuständigen Wasserrechtsbehörden durchgesetzt werden.

Dieses Sanierungsprogramm führt zu einer Reduktion des Verwaltungsaufwandes, weil die individuellen, erfahrungsgemäß sehr aufwendigen Anpassungsverfahren entfallen können.

Die angeordneten Sanierungsmaßnahmen leiten sich unmittelbar aus dem NGP 2009 ab und wären grundsätzlich auch ohne das Sanierungsprogramm umzusetzen. Das Sanierungsprogramm dient lediglich der konkreten rechtlichen Durchsetzung der vom NGP 2009 bereits vorgegebenen Sanierungsverpflichtungen. Zusätzliche finanzielle Auswirkungen (auf die Verwaltung) werden durch dieses Sanierungsprogramm nicht begründet.

II. Besonderer Teil

Sanierungsgebiete:

Gemäß § 4 NGPV 2009 in Verbindung mit dem NGP „Anhang – Wasserkörpertabellen – Fließgewässer – Tabelle FG – stufenweise – Zielerreichung“ werden im Bundesland Steiermark die in der Anlage 1 angeführten Gewässerabschnitte erfasst. Es handelt sich um prioritäre Gewässerabschnitte. Die notwendigen Maßnahmen sind daher bis 2015 durchzuführen.

Die erforderlichen hydromorphologischen Maßnahmen ergeben sich aus § 6 Abs. 4 NGPV 2009 in Verbindung mit dem NGP Anhang – Wasserkörpertabellen – Fließgewässer, Tabelle FG – Maßnahmen – Hydromorphologie – 2015.

Sanierungsmaßnahmen:

Für die prioritären Gewässerstrecken kommt laut dem NGP 2009 der Vorschreibung der erforderlichen Restwassermenge in Verbindung mit der Fischpassierbarkeit von Wanderhindernissen eine zentrale Bedeutung zu.

Im Sinne der stufenweisen Zielerreichung ist bei den prioritär zu sanierenden Gewässern zunächst bis 2015 eine für die Fischdurchgängigkeit in der Ausleitungsstrecke ausreichende Wasserführung zu erreichen. Im 2. Schritt ist bis 2021 die für die Erreichung des guten ökologischen Zustands/Potenzials erforderliche Menge abzugeben (vergleiche Kapitel 6.4.3.5 NGP 2009).

Gemäß Kapitel 6.4.7.5 NGP 2009 sind bei Querbauwerken in prioritären Fließgewässern bis 2015 Sanierungsmaßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit umzusetzen.

Die dargestellten Vorgaben des NGP 2009 machen deutlich, dass Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind, um den guten ökologischen Zustand oder das gute ökologische Potenzial in den betroffenen Fließgewässern zu erreichen und langfristig abzusichern.

Wie im Kapitel „Sanierungsgebiete“ *des besonderen Teils* aufgezeigt wird, sind in genau definierten Gewässerabschnitten Sanierungsmaßnahmen zu setzen. Diese Maßnahmen betreffen insbesondere Querbauwerke und Kraftwerksanlagen. Im Sinne des § 33d Abs. 1 WRG 1959 ist für die Zielerreichung die Erfassung eines Sanierungsprogramms in Form einer Verordnung notwendig. Einzelverfahren nach § 21a WRG 1959 sind insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Komponente kein geeignetes Instrument, um den Zielzustand bis 2015 zu erreichen.

Die Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer – QZV Ökologie – OG, BGBl. II Nr. 99/2010 definiert in Anlage G die ökologische Mindestwasserführung in Fischlebensräumen. Bei Erreichen der in Anlage G angeführten Mindestfließgeschwindigkeiten und Mindestwassertiefen in der Restwasserstrecke ist davon auszugehen, dass die ganzjährige Fischpassierbarkeit mit hoher Sicherheit gegeben ist.

Zu den Bestimmungen des Sanierungsprogrammes:

Zu § 1:

Abs. 1 des § 1 definiert in Verbindung mit Anlage 1 jene Fließgewässerstrecken in der Steiermark, die als Sanierungsgebiete zu qualifizieren sind und bei denen noch Sanierungsmaßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit sowie zur Sicherstellung einer ausreichenden Restwassermenge notwendig sind.

Abs. 2 des § 1 begründet die Sanierungspflicht für jene Konsensinhaber, deren Anlagen sich innerhalb der im Anlage 1 definierten Sanierungsgebiete befinden und legt den Zeitpunkt fest, mit welchem die Sanierung ausgeführt sein muss. Dadurch werden die Rechtsfolgen des § 33d WRG 1959 ausgelöst, wonach der Wasserberechtigte spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Sanierungsprogrammes der Behörde ein den Vorgaben des Programmes entsprechendes Sanierungsprojekt zur wasserrechtlichen Bewilligung vorzulegen oder die Anlage mit Ablauf der in der Verordnung festgelegten Sanierungsfrist stillzulegen hat. Bei fruchtlosem Ablauf der Frist findet § 27 Abs. 4 WRG Anwendung (Entziehung des Wasserrechtes), ohne dass eine mehrmalige Mahnung erforderlich ist.

Zu § 2 Abs. 1:

Entsprechend den Kapiteln 6.4.3.5 und 6.4.3.7.5 des NGP 2009 wird die Herstellung der Passierbarkeit als Sanierungsmaßnahme definiert. Sie ergibt sich aus dem NGP Anhang – Wasserkörpertabellen – Fließgewässern – Tabelle FG – Maßnahmen – Hydromorphologie – 2015“.

Aus § 2 in Verbindung mit Anlage 1 lassen sich jene Gewässerabschnitte (Detailwasserkörper) ableiten, bei denen zwecks Sanierung die Herstellung der Fischpassierbarkeit erforderlich ist. Um die notwendige Sanierung – Herstellung der Fischpassierbarkeit – zu konkretisieren, definiert Anlage 2 die maßgeblichen Fischarten (Leit- und Begleitfischarten) und Fischgrößen.

Die Ausweisung der maßgebenden Fischarten basiert auf dem Leitbildkatalog (Stand Februar 2011) des Bundesamtes für Wasserwirtschaft, Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde. Die maßgeblichen Fischlängen sind aus dem Bericht „Grundlagen für den österreichischen Leitfaden zum Bau von Fischaufstiegshilfen (FAHs)“, Hrsg. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, März 2011, entnommen.

Zu § 2 Abs.2:

§ 3 definiert als weitere Sanierungsmaßnahme die Abgabe einer ausreichenden Restwassermenge. Dies steht im Einklang mit Kapitel 6.4.3.5 des NGP 2009 sowie dem NGP „Anhang – Wasserkörpertabellen – Fließgewässer – Tabelle FG – Maßnahmen – Hydromorphologie – 2015“. Anlage 1 definiert jene Gewässerabschnitte, bei denen zwecks Sanierung die Abgabe einer ausreichenden Restwassermenge erforderlich ist. Um die „notwendige Restwassermenge“ bestimmen zu können, erfolgt in Anlage 2 ein Bezug zu den maßgeblichen Fischarten (Leit- und Begleitfischarten) und Fischgrößen.

Die Ausweisung der maßgebenden Fischarten basiert ebenfalls auf dem Leitbildkatalog (Stand Februar 2011) des Bundesamtes für Wasserwirtschaft, Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie, Seenkunde. Die maßgeblichen Fischlängen wurden ebenfalls aus dem Bericht „Grundlagen für einen österreichischen Leitfaden zum Bau von Fischaufstiegshilfen (FAHs)“ vom März 2011 entnommen.

Die Abgabe des ausreichenden Restwassers hat das Erreichen von Mindestfließgeschwindigkeiten und Mindestwassertiefen sicher zu stellen. Diesbezüglich wird auf die Mindestfließgeschwindigkeiten und Mindestwassertiefen in Anlage G der Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer – QZV Ökologie – OG, BGBl. II Nr. 99/2010, verwiesen.

Zu § 3:

§ 3 regelt das Inkrafttreten der Verordnung.